

EU sichert Handelsabkommen mit Mercosur trotz Widerstand - was jetzt?

EU-Kommission schließt Freihandelsabkommen mit Mercosur trotz Widerstand. Außenpolitische Zusammenarbeit von Deutschland, Polen und Frankreich im Fokus.



Montevideo, Uruguay - Die EU-Kommission hat heute einen bedeutenden Schritt in Richtung einer Freihandelszone mit dem südamerikanischen Staatenbündnis Mercosur gemacht. Trotz massiver Bedenken aus Ländern wie Frankreich, Italien und Polen konnte eine „politische Grundsatzvereinbarung“ erzielt werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete den Erfolg nach einem finalen Treffen mit den Führern Brasiliens, Argentiniens, Uruguays und Paraguays in Montevideo. Diese Einigung geschieht laut Informationen von **Krone.at** trotz zunehmender Proteste und interner Kritik innerhalb der EU und insbesondere in Österreich.

Österreichs Minister sind durch einen Beschluss von 2019 gezwungen, sich gegen das Abkommen auszusprechen. Der Widerstand kommt nicht nur von der ÖVP, sondern auch von der SPÖ, FPÖ, Grünen und Umweltorganisationen. Diese Entscheidung könnte weitreichende Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Umwelt haben, da Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unausgesprochen bleiben. Gleichzeitig ringen Unionsfraktionsspitzen in Warschau um eine Stärkung der Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen, was die Forderungen nach verbesserten Schnellzugverbindungen und mehr Sprachunterricht in Schulen umfasst. In einem Papier, das dem ARD-Hauptstadtstudio vorliegt, wird diese Initiative als „Weimarer Dreieck der Regionen“ bezeichnet, wie es bereits in den 1990ern von den Außenministern ins Leben gerufen wurde, berichtet

Tagesschau.de.

Neue Herausforderungen und Prioritäten

Die Vorschläge, die in Warschau diskutiert werden, zielen darauf ab, die Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen zu intensivieren und die deutsche Führungsrolle innerhalb Europas wiederherzustellen, was von vielen als entscheidend für die Zukunft der EU angesehen wird. Manuel Hagel, der die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg anführt, kritisierte die bisherigen Außenpolitik der Ampel-Koalition, die zu einer „massiven Beschädigung“ der Beziehungen geführt habe. Die unklare Zukunft der Goethe-Institute, die deutsche Sprachkurse im Ausland anbieten, steht ebenfalls zur Debatte. Die Institute sollen erhalten und nicht geschlossen werden, was Fragen über die künftige Förderung kultureller Programme aufwirft.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Montevideo, Uruguay
Quellen	• www.krone.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at